

Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/1771 –

Die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland e. V.“ (ENiD), die „Evangelische Zentralstelle für Weltanschauungsfragen“ (EZW) und der Rechtsextremismus

Die ENiD wurde am 17. März 1966 gegründet und verstand sich als Gegengewicht zu entspannungsfreundlichen Strömungen in der Evangelischen Kirche. Anlaß war eine Veröffentlichung der „Ost-Gedenkschrift“ durch die EKD 1965. Der Verein machte durch Anzeigen auf sich aufmerksam, in denen sich die Mitglieder als Kämpfer gegen die „Umfunktionierung des christlichen Glaubens in einen chiliastischen Enthusiasmus und utopischen Humanismus“ vorstellten. Ziel der rechtsklerikalen Kirchenmänner ist die „Erneuerung der Kirchen von ihrem neutestamentlichen Ursprung“ her.

Obgleich die ENiD in ihrer Veröffentlichung „Aufgaben und Ziele“ die Meinung vertritt, daß die Kirche „nicht befugt (ist), zu den vielfältigen und oft komplizierten politischen Problemen Stellung zu nehmen und den Politikern ins Handwerk zu pfuschen“, praktiziert sie genau dies. Sie äußert sich zur Gentechnologie, zum § 218 StGB, zur Rüstungspolitik oder auch zur Atomenergie (s. Beitrag von Klaus Timm: „Kernenergie – Brechstange für Gesellschaftsveränderer“, erschienen im ENiD-Organ „Erneuerung und Abwehr“, November 1994).

Der Gründer und langjährige ENiD-Vorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende, Alexander Evertz, veröffentlicht regelmäßig in Publikationen wie „Konservativ heute“, „Deutschland-Magazin“ und „Criticón“.

Das ENiD-Vorstandsmitglied, Prof. Klaus Motschmann, ist ständiger Mitarbeiter des rechten Theorieorgans „Criticón“ und Autor der „Jungen Freiheit“ sowie Mitbegründer des „Förderkreises Gerhard Kaindl“, der der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DL) nahesteht.

Der Obmann der ENiD-Gruppe in Gießen/Wetzlar, Boris Rupp, war ehemals im Bundesvorstand der „Republikaner“ und Redaktionsmitglied der „Jungen Freiheit“ und gehört heute der CDU im hessischen Lahn-Dill-Kreis an.

Der ehemalige Militärpfarrer, Dozent an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg, „Criticón“-Autor und heutige ENiD-Aktivist, Lothar Groppe, bedauert in einem Beitrag der „Erneuerung und Abwehr“ den Rückzug von Steffen Heitmann als Bewerber für das Amt des Bundespräsidenten. Er schreibt: „Wir hätten nach langen Jahren wieder einmal einen Bundespräsidenten erhalten, der unbeirrt um die Gunst

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums des Innern vom 10. Juli 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – der Fragetext.

der Medien weniger gesagt hätte, was ankommt, sondern worauf es ankommt.“

Der Theologe und Mitbegründer der ENiD, Walter Künneth, regelmäßiger Autor im ENiD-Sprachrohr „Erneuerung und Abwehr“, schrieb u. a. schon vor 1933: „Der Nationalsozialismus ist die aus deutscher Not geborene Bewegung der Nation, in der sich am elementarsten der Wille des Volkes zur Freiheit und Neugestaltung heraussetzt.“ Er beklagte die „rassische Gleichgültigkeit“ der Kirche und das „prozentuale Mißverhältnis zwischen der Besetzung öffentlicher Ämter durch Juden und ihrem Anteil an der Bevölkerungszahl.“ Dem NSDAP-Chefideologen Alfred Rosenberg und dessen Rassismus und Antisemitismus stimmte er zu. Beim Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß wurde er als Entlastungszeuge von Rosenberg benannt.

Der neurechte Ideologe Karlheinz Weißmann hat diese Auffassung von Walter Künneth zu dessen 90. Geburtstag in „Criticón“ Nr. 125/91 zustimmend kommentiert: Er habe „für die Kirche nur die Pflicht zu Gebet für die Verfolgten, Caritas und Schutz der getauften Juden erkennen wollen“.

Walter Künneth ist auch Namensgeber des ENiD-Instituts.

Auf einer Studientagung der ENiD vom 31. März bis 4. April 1995 in Berlin sprach u. a. auch der ehemalige Generalbundesanwalt und FDP-Rechtsabweichler Alexander von Stahl zum Thema „Herausforderungen und Antwort – Politische Positionsbestimmungen“. In seiner Rede brachte er die „Notwendigkeit“ zum Ausdruck, gegen die „falschen Vorstellungen von einer multikulturellen Gesellschaft“ vorzugehen, denn „Ausländerfreundlichkeit“ sei oft gepaart mit einer „Verleugnung der eigenen Identität“. Außerdem sprach er sich für ein „Ende der Zerknirschtheitsmentalität in der deutschen Innen- und Außenpolitik“ aus und legte ein klares Bekenntnis zur „selbstbewußten Nation“ ab.

Gottfried Küenzlen, prominenter Vertreter der „Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen“ (EZW), einer rechten Strömung des Protestantismus, sieht sich in der Tradition des Antisemiten Walter Künneth und dessen „Apologetischer Centrale“ der 20er und 30er Jahre.

Der langjährige EZW-Leiter Reinhard Hummel bezieht sich positiv auf Sigrid Hunke aus dem Umfeld des „neurechten“ Kasseler „Thule-Seminars“, langjährige Vize- und Ehrenpräsidentin der „Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft“. (aus: Parlamentarisch-Politischer Pressedienst Nr. 115/94, Junge Welt vom 16. März, 3. April und 29. Mai.)

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die „Evangelische Notgemeinschaft in Deutschland“ (ENiD) und deren religiöses und politisches Wirken?

Es liegen keine Erkenntnisse im Sinne des § 3 Abs. 1 BVerSchG vor.

2. Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ziele der ENiD, und welche gesellschaftlichen Gruppen sollen mit diesen angesprochen und erreicht werden?

Die ENiD ist ein Zusammenschluß evangelischer Christen, die sich kritisch mit einer, wie sie meint, „Linkslastigkeit“ der Evangelischen Kirche auseinandersetzt.

3. Wo hat die ENiD ihren Sitz?

Nicht bekannt.

4. Wie bewertet die Bundesregierung die Aktivitäten von ENiD-Mitgliedern in rechten Publikationen wie „Criticón“ oder „Junge Freiheit“?

Die Fragestellung läßt offen, welche konkreten „Aktivitäten“ gemeint sind. Eine Beantwortung ist daher nicht möglich.

5. Hat die ENiD Verbindungen zu „Republikanern“ oder anderen rechten Organisationen, Gruppen, Vereinen/Vereinigungen oder zu organisierten militanten Abtreibungsgegnern und -gegnerinnen?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

6. Ist der Bundesregierung bekannt, daß die ENiD, ihre Schriften und Tagungen im Jugendkalender des katholisch-fundamentalistischen KOMM-MIT-Verlages überschwänglich gelobt wurden?
 - a) In welcher Weise sollen hiermit Jugendliche für die ENiD rekrutiert werden?
 - b) Worin besteht nach Kenntnis der Bundesregierung die theoretische und praktische jugendpolitische Arbeit der ENiD?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

7. Weiß die Bundesregierung, daß auch die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation + Europa“ (NE) regelmäßig über Tagungen des nach dem Theologen Walter Künneth benannten ENiD-Instituts berichtet?

Zum „ENiD-Institut“ liegen keine Erkenntnisse im Sinne des § 3 Abs. 1 BVerfSchG vor.

8. Wo ist der Sitz des Instituts?

Nicht bekannt.

9. Kennt die Bundesregierung die in der Vorbemerkung gemachten Lobreden von Walter Künneth auf den Nationalsozialismus?
Wenn ja, wie bewertet sie diese Äußerungen?

Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 7 wird verwiesen.

10. Welchem politischen Zweck soll das ENiD-Institut dienen?

Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 7 wird verwiesen.

- a) Erhält das Institut für die Durchführung von Tagungen finanzielle Mittel aus dem Bundeshaushalt?
Wenn ja, welche Veranstaltungen wurden bisher materiell unterstützt (bitte detailliert auflisten)?

Finanzielle Zuwendungen des Bundes konnten nicht festgestellt werden.

- b) Welche Redner aus dem rechten Spektrum traten in den vergangenen fünf Jahren auf diesen Tagungen mit welchen Beiträgen auf?

Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 7 wird verwiesen.

11. Sind der Bundesregierung Äußerungen auf ENiD-Tagungen bekannt, die sich auf ein klares Bekenntnis zur „selbstbewußten Nation“ zu Lasten einer „multikulturellen Gesellschaft“ beziehen und ein „Ende der Zerknirschtheitsmentalität in der deutschen Innen- und Außenpolitik“ verlangen?
Wenn ja, ist sie auch der Meinung, daß sich derartige Äußerungen gut einpassen in geschichtsrevisionistische Forderungen?

Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 7 wird verwiesen.

12. Erhielt oder erhält die ENiD Mittel aus dem Bundeshaushalt (ggf. über die Bundeszentrale für politische Bildung)?
Wenn ja, in welcher Höhe und wofür (bitte auflisten nach Jahren, Höhe der Zuwendung, Anlaß und Zuwendungsgeber)?

Finanzielle Zuwendungen des Bundes konnten nicht festgestellt werden.

13. Welche Auflage hat nach Kenntnis der Bundesregierung die monatlich erscheinende ENiD-Zeitschrift „Erneuerung und Abwehr“?
a) Wer ist die Zielgruppe dieser Publikation?
c) Welche Kenntnis hat die Bundesregierung über die in der Zeitschrift publizierenden Autoren?

Auf die Antworten zu den Fragen 1 und 7 wird verwiesen.

- b) Unterstützt die Bundesregierung diese Zeitschrift regelmäßig oder von Fall zu Fall aus Mitteln des Bundeshaushalts?

Auf die Antwort zu Frage 12 wird verwiesen.

14. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die EZW?

Zur EZW liegen keine Erkenntnisse im Sinne des § 3 Abs. 1 BVerfSchG vor.

15. Wann wurde sie von wem und aus welchem Anlaß gegründet?

Die EZW wurde am 7. Juni 1960 in Stuttgart vom Rat der EKD errichtet. Sie soll die Arbeit der 1921 gegründeten „Apologetischen Centrale“ fortsetzen. Die Apologetische Centrale zielte auf die Entkirchlichung in der damaligen Zeit. Einen Schwerpunkt bildete damals die „politische Religiosität“ der 20er und 30er Jahre; sie war dadurch entstanden, daß völkische Geschichte, wissenschaftliche Theorien zu Rasse und Vererbung, Programme zur Beseitigung sozialer Notstände u. ä. die Funktion von Glaubensinhalten einnahmen.

Die Veröffentlichung der „Antwort auf den Mythos“ als Stellungnahme zu Alfred Rosenberg/1935 führte im gleichen Jahr zur Schließung der „Apologetischen Centrale“ und der Vernichtung ihres Archivs durch die Nationalsozialisten.

16. Welches sind nach Kenntnis der Bundesregierung die Ziele der EZW, und welche gesellschaftlichen Gruppen sollen mit diesen angesprochen und erreicht werden?

Die Aufgabe und Zielsetzung der EZW besteht nach eigenem Verständnis heute in der Beobachtung und Beurteilung religiöser, weltanschaulicher und geistiger Zeitströmungen, im Angebot der Hilfe für christliche Antworten hierauf, in der Förderung eines sachgemäßen Dialogs mit Anders- und Nichtglaubenden, in der Erteilung von Auskünften und Rat sowie in der Mitarbeit bei Publikationen, Tagungen und Seminaren. Die EZW setzt sich schwerpunktmäßig mit neuen religiösen Bewegungen, sog. Sekten, Jugendreligionen, Okkultismus, Spiritismus und ähnlichen Strömungen auseinander.

17. Was weiß die Bundesregierung über die „Apologetische Centrale“ der 20er und 30er Jahre?

Auf die Antwort zu Frage 15 wird verwiesen.

18. Welche organisatorischen Verbindungen gibt es zur Evangelischen Kirche in Deutschland und zur ENiD?

Die EZW ist eine Einrichtung der Evangelischen Kirche in Deutschland.

19. Hat die Bundesregierung Kenntnis über Kontakte der EZW zu rechtsextremen Organisationen, wie z. B. das Thule-Seminar in Kassel?
20. Was weiß die Bundesregierung über Verbindungen der EZW zu Personen aus dem rechtsextremen Spektrum und über die Art der Zusammenarbeit mit diesen?
21. Führt die EZW Veranstaltungen durch?
Wenn ja, welcher Art sind diese?

Auf die Antwort zu Frage 14 wird verwiesen.

22. Gibt die EZW Broschüren oder Bücher heraus?

Wenn ja, um welche Publikationen handelt es sich hierbei (bitte Titel auflisten)?

Ja, zahlreiche; die bekannteste ist der monatlich erscheinende Materialdienst der EZW. Auflistungen dieser Art fallen nicht in den Zuständigkeitsbereich der Bundesregierung.

23. Erhielt oder erhält die EZW Mittel aus dem Bundeshaushalt?

Wenn ja, in welcher Höhe und wofür im einzelnen?

Finanzielle Zuwendungen des Bundes konnten nicht festgestellt werden.

